



Nr. 19

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Pf., Familienanzeigen 30 Pf., Retiketen 150 Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% - Bernspr. 9

Mittwoch, den 24. Januar 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 630 Pf. monatlich, Postbezugspreis 639 Pf. mit Beleggeld. Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Oeffentlicher Aufruf!

Frankreich und Belgien sind voll Uebermut mit militärischer Macht in das Ruhrgebiet einbezogen, um ihre unmenschlichen Forderungen gegen Deutschland mit Gewalt durchzusetzen. Schon ist Blut geflossen und Handel und Wandel drohen in diesem blühenden deutschen Lande zu erlahmen.

Mit erhebender und anfeuernder Vorbildlichkeit haben sich unsere Rheinisch-westfälischen Mitbrüder mit Mannesmut diesem frechen Treiben widersetzt. Schwer lastet jetzt Frankreichs und Belgiens Hand auf ihnen.

Bei diesem Kampf um Deutschlands Ehre und um Deutschlands Gut wollen wir Schwaben nicht als müßige Zuschauer zur Seite stehen oder uns mit Grüßen und Telegrammen an die Bevölkerung des überfallenen Gebiets begnügen lassen. Nein! Wir wollen den Widerstand unserer Brüder dadurch stärken, daß wir für sie und ihre Familien Geldmittel sammeln. Sie sollen wissen, daß wir alle in diesem harten Kampfe hinter ihnen stehen, und Frankreich und Belgien sollen ein geeintes Deutschland finden.

Darum gebt reichlich und mit freudigem Herzen!

Hauptsammelstelle: Herr Oberamtspfleger Sechter.

Sammelstellen in Calw: Calwer Tagblatt, Lederstraße; Kaufmann Dreiß, Marktplatz; Oberamtspflege Calw, sowie Kassenstelle der Vereinigten Deckenfabriken.

In den Bezirksgemeinden werden wir in den nächsten Tagen örtliche Sammlungen veranstalten.

Oberamtmann Gös.

Stadtschultheiß Göhner.

Dekan Zeller.

W. Bürgerpartei:

Direktor Sannwald.

Deutsch-demokratische Partei:

Verwaltungs-Aktuar Staudenmeyer.

Deutsche Volkspartei:

Gewerbeschulrat Aldinger.

Sozialdemokratische Partei:

Lagerhalter Stöck.

Zentrumspartei:

Stadtpfarrer Leikus.

Die Gewaltherrschaft im Ruhrgebiet.

Weitere Verhätungen.

Berlin, 24. Jan. Wie die Blätter melden, setzen die Franzosen und Belgier die rechtswidrigen Verhätungen im Rheinland und im Ruhrgebiet fort. Der Reichskommissar für die besetzten Rheinlande hat der Rheinlands-Kommission einen Protest der Reichsregierung gegen die Verhätung und die Ausweisung von Beamten und deren Familien überreicht.

Eine Zollschranke ums Ruhrgebiet!

Berlin, 24. Jan. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Essen, bereitet man dort offenbar die Zolllinie vor, die um das gesamte Ruhrgebiet gezogen werden soll. Es finden größere Umgruppierungen der Truppen statt. Das Militär soll offenbar dazu dienen, die Grenzen des Ruhrgebiets im ganzen Umfang zu besetzen, um so die Durchführung der Zolllinie anzubahnen. Voraussetzlich wird es, wenn die Franzosen die Truppen mit der Eisenbahn befördern wollen, zu einem allgemeinen Eisenbahnerstreik kommen.

Paris, 24. Jan. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur in Düsseldorf meldet die Ankunft von französischen Zollbeamten und die Einrichtung eines Zollüberwachungskontors, die bald fertig gestellt werde. Nach vollständiger Durchführung des französischen Plans werde man alle Ausgänge des Ruhrgebiets in der Hand haben.

Deutscher Protest gegen die Verhätungen.

Berlin, 23. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die französischen Befehlshaber im Ruhrgebiet haben die verhafteten Personen, die ich in meinem gestrigen Protest genannt habe, zum Teil nach Mainz gebracht, um sie dort vor ein französisches Kriegsgericht zu stellen. Die Einleitung eines Verfahrens vor französischen Militärgerichten würde jeder Rechtsgrundlage entbehren und in keiner Weise geeignet sein, der Verhätung den

Charakter der Rechtswidrigkeit und Willkür zu nehmen. Die deutsche Regierung stellt deshalb die Forderung, daß ein solches Verfahren nicht stattfindet, daß die Verhafteten vielmehr sofort in Freiheit gesetzt werden. Im Ruhrgebiet sind übrigens inzwischen noch weitere Beamte verhaftet worden. Es handelt sich um den Oberpostdirektor Jünger, den Telegraphendirektor Zehme, den Präsidenten der Eisenbahndirektion Zahn, sowie den Oberbaurat Busch, sämtlich in Essen. Die Verhaftungen sind erfolgt, weil die Beamten sich der von den französischen Befehlshabern an sie gestellten Zumutung widersetzen, den vom Reichsverkehrsminister erteilten Befehl zu widerrufen. Die deutsche Regierung erhebt auch gegen diesen Gewaltakt Protest. Sie verlangt sofortige Freilassung der Verhafteten, sofern sie nicht inzwischen bereits erfolgt sein sollte, und behält sich vor, volle Genugtuung zu fordern.

Anerkürte französische Antwort auf den deutschen Protest wegen der Verhätungen.

Berlin, 23. Jan. Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris folgende Mitteilung gemacht:

Die französische Regierung bekräftigt den Empfang des Aide-Memoire, womit die deutsche Regierung gegen die Verhätung gewisser Personen im Ruhrgebiet protestiert hat. Die französische Regierung weist diesen Protest zurück und ist entschlossen, ihm in keiner Weise Rechnung zu tragen. Alle von der Okkupationsbehörde getroffenen Maßnahmen sind vollkommen rechtmäßig. Sie sind die Folge der von der deutschen Regierung begangenen Verletzungen des Vertrags von Versailles. Die französische Regierung ist entschlossen, die Ausführung dieses Vertrags durchzusetzen und behält es sich vor, alle anderen Sanktionen anzuordnen, welche die Haltung der deutschen Regierung, der deutschen Beamten oder der deutschen Staatsangehörigen notwendig machen sollte.

Anmerkung des WTB.: Die französische Regierung hält also die Ausführung sachlicher und rechtlicher Begründung für ihre Gewaltakte nicht mehr für erforderlich, sondern sie versucht durch die bloße Behauptung die Dinge in ihr Gegenteil umzukehren. Deutschland selbst soll an allem schuld sein, weil es die französische Aktion nicht unterstützt und es ablehnt, gegenüber einem

Neueste Nachrichten.

Auf einen energischen Protest der deutschen Regierung wegen der Verhätungen von Beamten und Betriebsleitern im Ruhrgebiet hat Poincaré g antwortet, daß diese Maßnahmen im Hinblick auf die „Verletzung des Versailler Vertrag“ vollkommen rechtmäßig seien, und daß die französische Regierung entschlossen sei, alle Sanktionen, d. h. Gewaltmittel durchzuführen, welche die Haltung der deutschen Regierung notwendig machen. Durch diese Erklärung, in der jede Begründung als überflüssig, weil rechtlich nicht durchführbar betrachtet wird, glaubt man die Gewaltpolitik wenigstens aus den offiziellen Erörterungen ausschalten zu können. Die französische Presse ist jedoch sehr wenig zuverlässig, weil der Widerstand der deutschen Beamten, Werkleiter, Angestellten und Arbeiter im Ruhrgebiet eher zu als abnimmt, und weder durch Zwangsmassnahmen noch durch „gütliches“ Zureden zu überwinden ist.

Die deutsche Regierung bleibt ebenfalls fest. Auf die verschiedenen Bemühungen ausländischer Elemente, den Streit beizulegen, wird heute halbamtlich gemeldet, daß Deutschland stets zu Verhandlungen in der Reparationsfrage bei, wenn sie auf vernünftiger Grundlage geführt werden. Doch seien Verhandlungen unmöglich, solange die französisch-belgischen Rechtsverletzungen und Gewalttaten andauern.

Unsere stets vertretene Auffassung, daß weder England noch Amerika an eine Vermittlung denken, finden wir bis heute bestätigt. Man hört nichts als widerliche heuchlerische Redensarten über das gewalttätige Frankreich, aber irgend welche Schritte werden nicht erfolgen, solange die Ungelassenen sich sicher fühlen. Dagegen widmen sich die Herren in London und die hinter ihnen stehenden Bankiers umso mehr der Frage der Ausbeutung des türkischen Besitztums in Mesopotamien und Syrien, und der weiteren politischen und wirtschaftlichen Annebelung der Türken. Sie wollen jetzt anscheinend auch hier mit Druckmitteln arbeiten, eine Methode, die ihnen bekanntlich besonders geläufig ist.

vertragsbrüchigen Kontrahenten Leistungen zu tätigen, solange er den rechtswidrigen Zustand aufrecht erhält. Mit dieser Art zu argumentieren könnte Poincaré mühelos nachweisen, daß die deutschen Rückstände bei den Holz- und Kohlenlieferungen den militärischen Vormarsch bis nach Berlin, die Verhätung aller wirtschaftlichen und politischen Führer in Deutschland und die beliebige Beschlagnahme deutschen Staats- und Privateigentums, oder, was den Franzosen sonst beliebt, rechtfertigen würde. Der in der Antwort bekundeten Entschlossenheit der französischen Regierung, ihr Unrecht immer weiter zu treiben, wird auf deutscher Seite mit nicht geringerer Entschlossenheit der moralische Widerstand des deutschen Volkes entgegnet. Die Drohung mit weiteren Sanktionen wird uns nicht hindern, auf dem Standpunkt unseres guten Rechts zu verharren, der weder durch Umkehrungen des Tatbestandes noch durch Willkür- und Gewaltakte entrechtet werden kann.

Deutschland unentwegt zu einer vernünftigen Bereinigung der Reparationsfrage bereit.

Berlin, 24. Jan. Zu den Meldungen über Vermittlungsversuche in der Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: Der deutschen Regierung ist bekannt, daß man an den verschiedensten Stellen der Welt bemüht ist, den durch den französisch-belgischen Einmarsch in das Ruhrgebiet geschaffenen, sich täglich verschärfenden Zustand des Unrechts und der Gewalt ein Ende zu bereiten. Die deutsche Regierung verfolgt mit Aufmerksamkeit diese Bemühungen und ist bereit, alles, was an ihr liegt, zu tun, um ihnen zum Erfolg zu verhelfen. Alle Stellen, die sich mit dem das Schicksal Europas beherrschenden Problem beschäftigen, sind von der Auffassung der deutschen Regierung unterrichtet. Wie wiederholt erklärt worden ist, war und ist Deutschland jederzeit zu Verhandlungen über eine vernünftige Bereinigung der Reparationsfrage bereit. Im Augenblick aber, wo französisch-belgische Truppen mitten im wirtschaftlichen Lebenszentrum Deutschlands stehen und die im Ruhrgebiet getroffenen vertragswidrigen Maßnahmen, wiederum im Widerspruch mit den Verträgen, auf das Rheinland ausgedehnt werden, erscheint ein Verhandeln über künftige Reparationsleistungen schon aus technischen Gründen unmöglich. Auch können nach Ansicht der deutschen Regierung Verhandlungen unter militärischem Druck niemals zu Ergebnissen führen, die wirtschaftlich gesund, für das deutsche Volk annehmbar und zur wirklichen Befriedung Europas geeignet

net sind. Die Reparationsverhandlungen versprechen nach der Ueberzeugung der deutschen Regierung nur dann Erfolg, wenn auf jede Sanktions- und Pfänderpolitik endgültig verzichtet und Deutschland Gelegenheit gegeben wird, seine Pläne für die Lösung des Problems frei zu entwickeln und mit der Gegenseite gleichberechtigt und unbehindert zu diskutieren. Diesen Grundgedanken gemäß begegnet die deutsche Regierung allen Versuchen, die aus der Erkenntnis der ernsten Lage auf Abhilfe gerichtet sind, mit wärmstem Interesse. Wir können nur wünschen, daß es gelingen möge, Frankreich und Belgien zur Aufgabe von Unternehmungen zu veranlassen, die diesen Ländern niemals Sicherheiten oder Werte verschaffen, beiden Ländern aber zwecklose Kosten aufbürden, Deutschlands Leistungsfähigkeit bis zur Vernichtung herabzusetzen und Europa in eine immer ernstere wirtschaftliche Katastrophe hineinziehen.

Ausweisung des Regierungspräsidenten der Pfalz.

Speyer, 23. Jan. Der von der Besatzungsbehörde ausgewiesene Regierungspräsident der Pfalz, Freiherr v. Thlingensperg, wurde heute Nachmittag 5 Uhr von der französischen Gendarmerie im Präsidialgebäude abgeholt und über die Brücke nach Mannheim geführt. Die Geschäfte des Regierungspräsidenten wird nach der „Pfälzischen Rundschau“ einstweilen sein Stellvertreter, Regierungsdirektor Matthäus, übernehmen.

Ende französische Herausforderungen.

Essen, 24. Jan. Gestern Mittag, als die Arbeiter und Angestellten die Betriebe und Geschäfte verließen, gestattete sich der Verkehr in der Nähe des Essener Hauptbahnhofes sehr lebhaft. Die Franzosen haben daraufhin vor dem Hauptpostamt Maschinengewehre in Stellung gebracht und schußfertig gemacht. Nur der Besonnenheit der Bevölkerung ist es zu verdanken, daß irgend welche Zwischenfälle vermieden wurden. Von zuverlässiger Seite wird mitgeteilt, daß in Wattlingen farbige Franzosen festgesetzt worden sind. Es handelt sich nicht um ein ganzes Regiment, sondern um farbige Franzosen, die bei einzelnen Dienststellen tätig sind.

Ein wütendes Wort des französischen Kommunipaltes.

Paris, 23. Jan. Die „Humanité“ beschäftigt sich erneut mit der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets und spricht darin von der skandalösen Verschwendung der Militärbehörden im Rheinland und der Kontrollkommissionen. Sie schrebt die Unterhaltung der Besatzungstruppen und der interalliierten Oberkommission im Rheinland kostet heute schon die fürstbare Summe von 4 1/2 Milliarden Goldmark gleich 5600 Millionen Goldfranken, d. h. mehr als die von Frankreich bezahlte Kriegsschuldigung von 1871. „Die französische Regierung erwartet von Deutschland Zahlungen. Dabei stützt sie darauf, wie sie ihm die Zahlungen erschweren kann, damit sie jederzeit Deutschland mit Invasionen, Zerstörungen und Knechtschaft drohen kann. Die Reparationen, die ein Ziel sein sollten, werden zu einem Vorwand in der imperialistischen Politik. Pfänder, Annexionen und Kriegsschuldigungen — lauter schändliche verbrecherische Illusionen. Zum Teufel mit den Generalen und Diplomaten! Plaz für die Arbeit, die allein den Frieden bringen wird. Man muß jetzt den Mut haben, laut zu rufen: „Nieder mit der militärischen Besetzung im Rheinland!“

Das englische Geschäft blüht.

London, 23. Jan. Die Krise im Ruhrgebiet führt zu einer Nachflut von Bestellungen. An der Nordostküste Englands wird infolgedessen bereits ein großer Mangel an Rohisen fühlbar. Zahlreiche Gießereien sind so gut wie ausverkauft.

Englischer Senf.

London, 24. Jan. Die hier verbreiteten Gerüchte über die Lage im Ruhrgebiet lauten widersprechend. Während ein Teil der Presse optimistische Meldungen aus Paris bringt und die Worte Poincarés „Alles geht gut“ hervorhebt, betonen andere Blätter, daß unparteiische Beobachter anderer Meinung sind und weisen darauf hin, daß sich Paris auf einen Kampf in Geduld gefaßt mache. Zugleich wird hervorgehoben, daß der Generallstreik im Ruhrgebiet sich zwar nicht verwirklicht habe, daß aber die Stimmung gegen die Franzosen durch die verschärfte Lage höchst bedrohlich geworden sei.

Amerikanische Sprüche.

Berlin, 24. Jan. Die „Börsliche Zeitung“ gibt den Inhalt einer Rede wieder, die der frühere amerikanische Oberkommissar in der Rheinlandkommission, Ropes, vor der Ruhrbesetzung im Politischen Institut in Williamstown (Massachusetts) gehalten hat. Ropes, der als amerikanischer Sachverständiger die Politik des früheren Vorsitzenden der Reparationskommission, Poincaré, aus der Nähe beobachtet hat, erklärte: Ich bin der festen Ueberzeugung, daß nun fast schon 2 Jahre lang Poincaré und die anderen nationalistischen Führer weiter ausgebehnte Angriffe auf deutsches Gebiet und auf das deutsche Wirtschaftsleben für viel wichtiger gehalten haben, als Reparationszahlungen.

Die Verschleppungspolitik in der Reparationsfrage.

Paris, 23. Jan. Die Reparationskommission beschäftigte sich in ihrer heutigen Nachmittagsitzung mit der Verteilung der deutschen Schuld unter die Staaten, denen ehemals deutsches Gebiet übertragen wurde, sowie mit der Frage der Verteilung der österreichisch-ungarischen Schuld. — Die französische Delegation soll, dem „Journal des Débats“ zufolge, gestern Abend ein Memorandum über ihren Moratoriumsplan den einzelnen Delegationen übermittelt haben. Die Diskussion dieses Planes wird jedoch erst am Donnerstag oder Freitag beginnen. — Der „Petit Parisien“ sagte heute Vormittag voraus, daß jedenfalls gewisse Delegationen die Entscheidung der Kommission in der

Moratoriumsfrage nochmals, also über den 31. Januar hinaus, verschieben wollten.

Protestkundgebungen im Ruhrgebiet.

Mainz, 24. Jan. Regierungspräsident Dr. Grilchner hat gestern Vormittag nochmals versucht, gemeinsam mit Arbeitervertretern eine Besprechung mit den französischen Generalen zu erreichen, ist aber abschlägig beschieden worden. Der Präsident hat alsdann mit den Arbeitervertretern der Zeche „Bonifatius“ und der staatlichen Zeche eine Protesterklärung überreicht mit dem Hinweis, daß 600 000 Arbeiter hinter ihnen stehen.

Der Proteststreik im Ruhrgebiet.

Stertrade, 23. Jan. Zu der Arbeitsniederlegung auf dem Bahnhof Stertrade meldet die „Rölnische Zeitung“: Als der Ausstand der Beamten und Arbeiter begann, besetzten die Belgier den Bahnhof mit einer Kompanie. Nach den Verhandlungen mit dem Bahnhofsvorsteher zogen sie später wieder ab. Jetzt ist der Betrieb wieder im Gange. Der Bahnhofsvorsteher stellte folgende Bedingungen: 1) vollständige Räumung des Bahnhofs; 2) kein Soldat darf den Bahnhof ohne Bahnsteigkarte betreten; 3) kein Beamter oder Arbeiter wird wegen des Ausstands zur Verantwortung gezogen werden.

Essen 23. Jan. Infolge des französischen Eingriffs in die Betriebe haben außer den Beamten und Arbeitern des Bahnhofes Stertrade auch die der Bahnhöfe Oberhausen und Melderich-Süd die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitseinstellung auf dem Bahnhof in Oberhausen dürfte die schwerwiegendsten Folgen nach sich ziehen.

Hamborn, 23. Jan. Da die Bemühungen der Thyssen-Betriebsräte um sofortige Freilassung Fritz Thyssens ergebnislos geblieben sind, ist heute früh die gesamte Arbeiter- und Beamtenchaft der Thyssenwerke in den Streik getreten.

Schließung der Aachener Banken wegen Beschlagnahme von Barbeständen.

Aachen, 23. Jan. Die hiesigen Privatbanken haben erklärt, daß sie, da sie wegen der Beschlagnahme von Barbeständen den ordnungsmäßigen Betrieb nicht aufrecht erhalten könnten, ihre sämtlichen Kassen geschlossen halten. Die Reichsbank ist bereits seit Sonnabend geschlossen.

Nebereinstimmung der Gewerkschaften mit der Haltung der Reichsregierung.

Berlin, 24. Jan. Gestern Nachmittag hat in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften stattgefunden, die bis in die späten Abendstunden dauerte. In eingehender Erörterung ist die gesamte, durch die rechtswidrige Gewaltaktion Frankreichs und Belgiens hervorgerufene Lage durchgesprochen und dabei volle Einigkeit über die zu ergreifenden Maßnahmen festgestellt worden. Seitens der Gewerkschaften sind Anregungen gegeben worden, die von den zuständigen Ressorts verfolgt werden. Die einmütige Auffassung der Teilnehmer an der Besprechung ging dahin, daß in der erfolgreich begonnenen Abwehr des rücksichtslos und friedensbrechenden, mit militärischer Gewalt unternommenen Einbruchs mit allen zweckdienlichen Mitteln fortgefahren werden müsse.

Weitere Beschlagnahme von Kohlenkämen.

Düsseldorf, 23. Jan. Im Hafen von Emmerich ist ein Kohlenkahn, der für die hiesigen Oelwerke bestimmt war, von den Belgiern beschlaggenommen worden. Das Werk ist gezwungen, seinen Betrieb stillzulegen. Wegen dieser Beschlagnahme, sowie wegen der Beschlagnahme seines Kohlenkahn in Wesel hat die Regierung zu Düsseldorf schärfsten Protest erhoben.

Fortdauer des Kohlenverkaufs nach dem unbesetzten Deutschland.

Berlin, 24. Jan. Nach einer weiteren Mitteilung des selben Blattes hat sich gestern Reichsverkehrsminister Ginner nach Hamm begeben, um mit dem dortigen Eisenbahnpräsidenten wichtige verkehrstechnische Fragen zu besprechen. Der Verkauf von Kohlen nach dem Süden, Osten und Norden Deutschlands geht anhaltend von statten.

Beschlagnahme von Fleisch durch die Franzosen.

Berlin, 24. Jan. Die Blätter melden aus Recklinghausen, daß auf dem dortigen Schlachthof sämtliches Fleisch für die Besatzungsarmee requiriert worden ist. Außerdem hat die Besatzungsbehörde weitere Forderungen auf Fleisch gestellt. Die Stadtverwaltung hat gegen das Vorgehen der Franzosen schärfsten Protest erhoben.

Unterstützung der Ruhrbergleute.

Berlin, 23. Jan. Die schweren Opfer, die der rheinisch-westfälischen Industrie und der dortigen Bevölkerung durch den französisch-belgischen Gewaltakt auferlegt werden, haben in weiten Kreisen Deutschlands die Bereitwilligkeit hervorgerufen, auch ihrerseits Opfer zu bringen. So stellte für den Fall, daß eine größere Arbeitslosigkeit und damit eine Notlage der Arbeiterschaft eintreten sollte, der Mitteldeutsche Braunkohlenbergbau, vertreten durch das ostelbische Braunkohlen Syndikat in Leipzig in Betätigung seiner kameradschaftlichen Gesinnung und unter Hintanstellung der Rücksichten auf seine eigenen finanziellen Schwierigkeiten, mit denen er bei der Aufrechterhaltung seiner Betriebe zu kämpfen hat, dem Reichskanzler für die Ruhrbergleute einen Betrag von einer Million Mark zur Verfügung.

Unterstützungsaktion der landw. Körperschaften für das Ruhrgebiet.

Berlin, 22. Jan. In Verfolg ihres am Freitag gefaßten Beschlusses berieten am Sonnabend die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Maßnahmen über

die Aufbringung von Lebensmitteln zur Milderung der Ernährungsschwierigkeiten im Ruhrgebiet und über ihre Zuleitung an die gefährdeten Gebietsteile. Die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern werden ersucht, in ihren Bezirken unter Zuziehung von Vertretern der in ihren Bezirken bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen, die für das Unterstützungswerk nötigen Maßnahmen durchzuführen und die Errichtung von Sammelstellen zu organisieren. In den einzelnen Sammelstellen sollen die Lebensmittel zu einem unter dem Marktpreis liegenden Preise abgegeben werden. Soweit ihre Abgabe nicht unentgeltlich erfolgt, wurde angeregt, den Preis auf etwa 15 Prz. unter dem örtlichen Marktpreis zu bemessen.

Die Konferenz von Lausanne.

Keine Einigung in der Mossulfrage.

Lausanne, 23. Jan. In der heutigen Abend Sitzung des vierten Ausschusses lehnte Ismed Pascha den englischen Vorschlag auf Ueberweisung der Mossulfrage an den Völkerbund zwecks Fällung eines Schiedspruches kategorisch ab. Das Bilajet von Mossul gehöre zum türkischen Gebiet und könne deshalb keinem fremden Schiedspruch unterworfen werden. Lord Curzon kritisierte seinerseits lebhaft den Gedanken einer Volksabstimmung, für den die Bevölkerung nicht reif sei, und über die man auch in anderen Fällen, so in Teschen und Oberschlesien, schlechte Erfahrungen gemacht habe, sodaß man sich schließlich doch an den Völkerbund wenden müsse. Er forderte die Türkei erneut auf, seinen Vorschlag nochmals zu prüfen. Falls sie bei ihrer ablehnenden Haltung beharre, bleibe ihm angesichts der dadurch geschaffenen kritischen Situation, die den Frieden bedrohe, nichts anderes übrig, als sich trotzdem an den Völkerbund zu wenden und zwar auf Grund des Artikels 11 des Paktes, der jedem Völkerbundmitglied das Recht gebe, die Aufmerksamkeit des Rats auf die Gefahr und des Friedens zu lenken. Nach dem Rayaschi-Japan, Bonapard-Frankreich und Garonni-Italien die Türkei ebenfalls um Annahme des englischen Vorschlags ersucht hatten, erklärte Ismed Pascha, daß er bei seiner Auffassung beharren müsse, worauf Lord Curzon mittelte, daß er nunmehr sofort auf Grund des Artikels 11 des Völkerbunds Paktes beim Völkerbundsrat die notwendigen Schritte unternehmen werde. Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Ein Bruch der Konferenz liegt damit nicht vor, da die anderen Konferenzverhandlungen fortgesetzt werden. Die Lage ist jedoch außerordentlich unklar und verworren.

Neuer Druck auf die Türken?

Lausanne, 22. Jan. Wie uns gestern abend versichert wird, soll der Friedensvertrag der Alliierten am kommenden Mittwoch den Türken überreicht werden. Lord Curzon soll fest entschlossen sein, am 1. Februar Lausanne zu verlassen, sowohl für den Fall, daß die Türken den Vertragsentwurf annehmen, als für den Fall der Ablehnung.

Die finanziellen Ansprüche der Alliierten an die Türkei.

Lausanne, 23. Jan. Aus guter Quelle verlautet folgendes über die Grundlinie der Finanzklausel des interalliierten Friedensprogramms: Die von den Alliierten geforderte Finanzsumme für die Besatzungskosten und die Entschädigung der fremden Staatsangehörigen soll von 50 auf 15 Millionen Pfund herabgesetzt werden. Dieser Betrag wäre durch eine in 37 Annuitäten zahlbare Anleihe zu decken. Was das Datum des Beginns der türkischen Zahlungen aus der öffentlichen Schuld betrifft, so wird es entsprechend der türkischen Forderung auf November 1918 festgesetzt; dagegen soll die Höhe der Schuld entsprechend dem Verlangen der Alliierten vom August 1914 aufgerechnet werden. Infolgedessen würde eine spätere Papiergeldeausgabe sowie eine spätere türkische Anleihe zu Lasten der Türken bleiben, mit Ausnahme des auf die eingelösten Gebiete, darunter Syrien und Mesopotamien, entfallenden Anteils.

Deutschland.

Nichtlinien der Reichsregierung zur Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums.

Berlin, 23. Jan. Die Reichsregierung wies in einer kürzlich veröffentlichten Verlautbarung auf die Gefahr hin, daß die durch den Einbruch des französisch-belgischen Heeres verursachten schweren Störungen des Wirtschaftslebens von einzelnen Elementen wucherisch zum eigenen Vorteil ausgenutzt werden. Sie bezeichnet es als eine der dringendsten Aufgaben der Behörden, die bestehenden scharfen gesetzlichen Nachmitteln gegen Wucher und Schiebertum und gegen Warenzurückhaltung rücksichtslos anzuwenden. Die Reichsregierung setzte die Landesregierungen von der Verlautbarung in Kenntnis und lenkte ihre Aufmerksamkeit auf die aus der gegenwärtigen Lage erwachsende Gefahr der wucherischen Ausbeutung der Bevölkerung durch einzelne unlautere Elemente noch besonders hin. Den Landesregierungen wurde anheimgegeben, bei den mit der Wucherbekämpfung betrauten Behörden, insbesondere auch bei der Wucherpolizei u. bei den Strafverfolgungsbehörden erneut darauf hinzuwirken, daß gegen jede wucherische Ausbeutung, vor allem gegen den Preiswucher und die wucherische Warenzurückhaltung mit dem härtesten Nachdruck eingeschritten wird und die anhängig gemachten Strafverfahren mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden. Die Strafverfolgungsbehörden sollen auch angewiesen werden, daß sie bei ihren Strafakten wegen Preistreiberi der besonderen Verwerflichkeit und Gefährlichkeit der Preistreiberi im gegenwärtigen Zeitpunkt Rechnung tragen und namentlich in allen geeigneten Fällen als besonders geeignete Waffe gegen die Preistreiberi die bewährte Anordnung der Urteilsveröffentlichung beantragen.

Eine all

Wie die das Ruhr Reich zu zu dieser zur Samm des „Berl ten die D kämpfer. Markt ist worden.

Seit dem bahnhah dem die festgesetzte d. h. alle fallen in meierber ruar tritt en fernun Verbilligt zugute to

Abg Zur nats Zel Kom e tenden se Nichtdeut bares E Steuerp des Han und For Geschäft's sämtliche nen oder Grundbe werbstät ste u er Landesj nur vor tigen Pe Kalender enden E Einkomm gen habe ein'lich anlagen Betriebs u n d 3 zirk des oder nu pflichtige lichen ur schaften, stalten u

Beratu In de unter Le von Refe gungsam der insbe Hunderte 1 Janua lichen Hö tigen St

47) Nach ste zu I anschäite sagte ihr zuwinge dedte da weinen

Der seine Fre er ihren blid dur und sah vieren d dieser st war, als unterschiede welche d len, schli Anschlag ihn bem tuch in Schrei er wäre, gr nen Böse der zur und schler

Aus Stadt und Land.

Calw, den 24. Januar 1923.

Eine allgemeine Sammlung im ganzen deutschen Reich.

Wie die Blätter erfahren, beabsichtigt die Reichsregierung für das Ruhrgebiet eine allgemeine Sammlung im ganzen deutschen Reich zu veranstalten. Die Zustimmung der Landesregierungen zu dieser Sammlung ist bereits eingeholt worden. Der Aufruf zur Sammlung soll morgen ergehen. — Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Santiago de Chile sammeln die Deutschen in Chile für eine Spende für die Ruhrkämpfer. Die erste Rate von 1 Million Dollar (20 Millionen Mark) ist dem Reichsfiskus bereits per Kabel überwiesen worden.

Herabsetzung der Mindestfahrpreise vom 1. Februar ab.

Seit 1. Januar 1923 erfolgt die Berechnung der Eisenbahnfahrarten bekanntlich nach einem neuen Verfahren, dem die Kilometerzahl zu Grunde gelegt ist. Die hierbei festgesetzte Mindestentfernung wurde mit 11 km. festgesetzt, d. h. alle Stationen mit einer Entfernung von 1 bis 11 km. fallen unter einen Einheitsstarif, der, entsprechend der Kilometerberechnung mit 4 M. somit 41 M. betrug. Ab 1. Februar tritt hierin eine Verbesserung ein, als die Mindestentfernung auf 9 km. herabgesetzt wird und damit eine Verbilligung erfolgt, die fast ausschließlich dem Nahverkehr zugute kommt.

Abgabe der Steuererklärungen für 1922.

Zur Abgabe einer Steuererklärung im Laufe des Monats Februar 1923 sind verpflichtet hinsichtlich der Einkommensteuer alle im Landesfinanzamtsbezirk wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche), wenn sie im Kalenderjahr 1922 ein steuerbares Einkommen von mehr als 400 000 M. bezogen haben. Steuerpflichtige, die Handelsbühler nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches oder über den Betrieb der Land- und Forstwirtschaft geordneten Bücher führen und deren Geschäftsjahr oder Betriebsjahr unter Berücksichtigung ihres Geschäftsjahrs (Wirtschaftsjahrs) Abchlusses zu ermitteln ist, und sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reich zu wohnen oder sich aufzuhalten, in dem Landesfinanzamtsbezirk Grundbesitz haben, ein Gewerbe betreiben oder eine Erwerbstätigkeit ausüben. Für die Kapitalertragsteuer haben eine Steuererklärung abzugeben alle im Landesfinanzamtsbezirk wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden, selbständige steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche), wenn sie im Kalenderjahr 1922 oder in dem in diesem Kalenderjahr endenden Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) Jahr, soweit es für die Einkommensteueranlage an dessen Stelle tritt, bezogen haben. Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schabwchsel, soweit es sich um Kapitalanlagen handelt, oder Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen und zwar auch dann, wenn diese Anlagen zum Betriebsvermögen gehören. Zur Vermögenssteuer und Zwangsanzahlung sind verpflichtet alle im Bezirke des Landesfinanzamts wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen, sowie juristische Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts, sowie alle Bergwerksbesitzer, nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen, Anstalten und Stiftungen.

Beratung über Fragen der reichsgesetzlichen Miete.

In den letzten Tagen fand auf dem Rathaus in Stuttgart unter Leitung von Rechtsrat Dr. Waidelich eine Besprechung von Referenten über das Reichsmietengesetz und von Mieteinigungsamtsvorständen der größeren Städte des Landes statt, in der insbesondere die den Gemeinden obliegende Festsetzung der Hunderttagzuschläge für die gesetzliche Miete für die Zeit vom 1. Januar ds. Js. ab behandelt wurde. Bei der außerordentlichen Höhe der Instandhaltungskosten, wie sie sich aus dem derzeitigen Stand der Löhne und der Baustoffpreise ergeben, wurden

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

Nachdem diese Vorbereitungen getroffen waren, kehrte sie zu Justine zurück, die sich nun mit sichtbarem Beben anschickte, ihre Eröffnung zu machen. Aber die Stimme versagte ihr, wie sie den Mund aufstieß, unahig, ein Wort vorzusprechen, sank sie auf den Stuhl, der neben ihr stand, bedeckte das Gesicht mit beiden Händen und jing bitterlich zu weinen an.

Der Schuster griff sich an den Kopf und sah ratlos auf seine Frau, die bald Justine, bald ihn anschaute, ohne daß er ihren vielsagenden Blick verstand. Erhard, dem der Anblick durch die Seele schnitt, hatte sich zur Seite gewendet und sah still auf den Boden. So kam es, daß keines von den vier den unberufenen fünften gewahr wurde, der sich zu dieser stummen Handlung gestellte und niemand anderes war, als der kleine Schelm, dessen Angelegenheit eben jetzt entschieden werden sollte. Er hatte sich durch die Türe, welche die Kinder angelehnt gelassen hatten, hereingestohlen, schlich auf den Zehen hinter Justine, die für seinen Anschlag nicht bequemer hätte sitzen können, und ehe man ihn bemerkte, hatte er ihr geschwind etwas unter das Halsstück in den Nacken gesteckt. Justine sprang mit einem Schrei empor, wie wenn sie von einer Schlange gebissen wäre, griff in den Nacken und fuhr zornig gegen den kleinen Bösewicht herum, der schreiend und lachend schon wieder zur Türe hinausgehob. „Angezogener Bub!“ rief sie, und schleuderte ihm unwillkürlich den Gegenstand nach, mit

er Verwandte, Freunde und Bekannte im Ausland hat, sende ihnen deutsche Zeitungen, Sorge jeder in seinem Teil dafür, daß deutsche Blätter im Auslande Verbreitung finden, denn jedes einzelne Blatt kann deutschem Interesse dienlich sein.

Zuschläge bis zu je etwa 2000 Proz. für laufende und für große Instandhaltungsarbeiten als erforderlich erachtet, um dem Verfall der Häuser vorzubeugen. Sache der Mieter wäre es dann, auf die bestimmungsgemäße Verwendung dieser Beträge zu dringen. Im übrigen wurde bei der Besprechung allgemein anerkannt, daß es im Interesse der Geschäftssparnis und zur Verminderung mehr oder weniger willkürlicher Verschwendungen das Zweckmäßigste wäre, wenn die Zuschläge nicht von jeder einzelnen Gemeinde, sondern einheitlich für das ganze Land durch das Ministerium des Innern festgesetzt würden. Die Verammlung befaßte sich ferner mit einer einheitlichen Lösung verschiedener Fragen, die bei der Ausführung des Reichsmietengesetzes auftreten, so z. B. mit der Festsetzung der gesetzlichen Untermiete, mit der Bemessung der Grundmiete bei nach 1914 getroffenen Verbesserungen und Neueinrichtungen in den Gebäuden u. dgl. Die Versicherungsgebühren für die Hauspflicht und für die Neberversicherungsversicherung bei der Brandversicherung wurden als voll umlagefähig anerkannt. Einigkeit bestand endlich darüber, daß für Gebäude, für die das Reichsmietengesetz nicht gilt, das Einigungsamt doch noch für die Zustimmung zur Kündigung zuständig ist, daß es aber einer Mietzinshöhung nur für den Fall entgegenzutreten soll, daß diese in wucherischer Höhe verlangt werden sollte.

Umzugskostenbeiträge.

Eine Verordnung des Staatsministeriums vom 22. Januar 1923 regelt die Voraussetzungen, unter denen planmäßige Beamte mit eigenem Haushalt für einen Umzug nach einem Orte außerhalb der bisherigen Amtsitzgemeinde und für bestimmte Fälle auch bei Umzügen innerhalb der Amtsgemeinde Umzugskostenbeiträge erhalten, und setzt die Beiträge auf regelmäßig 85 Proz. des Aufwands fest, der nach besonderen der Verordnung anliegenden Richtlinien zu berechnen ist. Wenn die Voraussetzungen einer Beitragsgewährung nicht vorliegen, ist für besondere Ausnahmefälle die Gewährung einer Beihilfe bis zu 60 Proz. der anrechnungsfähigen Umzugskosten aus Billigkeitsrunden vorgesehen.

Beiträge der Gemeinden für Schularztaufsicht.

Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes festgesetzt, das die Bestimmung der Beiträge der Gemeinden für Schularztaufsicht und Impfung, wozu bis jetzt ein ordentliches Gesetz erforderlich war, in das jeweilige Gesetz über die Festsetzung des Staatshaushaltsplans verweist. Nach einem gleichzeitig festgestellten 8. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für 1922 sollen die von den Gemeinden zu entrichtenden Gebühren auf 3 M. für jedes der Aufsicht des staatlichen Schularztes unterstehende Kind und auf 9 M. für jede vom staatlichen Impfarzt vorgenommene als gelungene zu erachtende öffentliche Impfung erhöht werden. Beide Entwürfe werden dem Landtag demnächst zugehen.

Wie soll man jetzt die Vögel füttern?

Nicht im Eimer, denn das Futter geht dann zum großen Teil verloren und wird naß. Man verberge in einem Gefäß ein Brettsüßchen und auf dieses streue man Futter. Mangelte Gefäß in der Nähe, so stelle man das Brett sonst wohin, aber man gebe acht auf die Ragen. Als Futter reiche man nie Brot, welches schon gar nicht. Denn dieses wird meistens naß, dann sauer und die Vögel gehen daran zugrunde.

Gedenket der hungernden Vögel!

dem er sie erschreckt hatte, der aber, statt ihn zu treffen, am Türpfosten zerschellte. Es war ein Eiszapfen, welcher dem Witterungswandel widerstanden hatte und sich dem mutwilligen Fänger irgendwo dargeboten haben mochte. „Daß dich nimmer sehen, sonst gibst's Wacht!“ rief ihm der Schuster nach und schlug die Türe hinter ihm zu, worauf er aus Weibesträften in das Lachen einstimmte, welchem seine Frau und Erhard sich hingeben mußten. Justine lachte nicht mit, aber auch ihr hatte der plötzliche Schreck die Spannung der Seele gelöst. „Ich kann nicht mehr weinen“, sagte sie zu dem Ehepaar, „aber da steh' ich in meiner ganzen Blöße vor euch und bitt' euch um Verzeihung, ganz ich euch diese sieben Jahre lang belogen und bestohlen habe.“

„Was soll denn das heißen?“ rief der Schuster. „Nur ich's denn noch sagen“, sagte Justine nach einer Weile hinzu, „daß das unartige Fräulein, das euch so viel Mühen und Sorgen macht, mir gehört.“ Der Schuster stieß einen Fluch aus, wie noch keiner über seine Lippen gekommen war. „Jetzt hab' ich aber die Narretei genug!“ schrie er, „man muß keine Geduld über alles Maß und Ziel versuchen. Gestern abend kommt der da, macht einem eine schlaflose Nacht, und jetzt kommt die, und zulezt ist's eine Dummheit, mit der man einen für'n Narren halten will. Ich laß' mir kein' Bären aufbinden, und wenn ihr den Spaß nicht lasset, so sag' ich in aller Höflichkeit: „Da — er deutete auf die Türe — da hat der Zimmermann 's Loch' raus gemacht.“

Erholungsaufenthalt für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Das Erholungsheim G ü l t s t e i n wird im Jahre 1923 folgendermaßen belegt: Kriegsbeschädigte in den Monaten März, Juni, Juli, Oktober und Dezember, Kriegshinterbliebene im Januar und Februar, Kriegserwitwen im April, Mai, August, September und November. Anträge sind bei der Bezirksfürsorgestelle Calw zu stellen.

Gegen das unethische Betragen der Jugend bei Bahnfahrten.

Die Eisenbahndirektion Karlsruhe beklagt das rohe und zuchtlose Betragen eines großen Teils unserer Jugend bei Bahnfahrten. Ganz besonders mache sich dieser Uebelstand in Arbeiterzügen bemerkbar. Gegen diese Auswüchse sollte die Öffentlichkeit vereinigt und entschlossen auftreten. Die jungen Leute sollten auf das Verwerfliche eines solchen Betragens hingewiesen und zur Wahrung von Sitte und Ordnung angehalten werden. Die Bahnpolizei sollte nach Möglichkeit unterstützt werden, denn die Aufrechterhaltung von Anstand und Ordnung in den Zügen liegt im Interesse aller Reisenden.

Papierüberfluß für Schundhefte.

Eine neue Schundliste wird soeben von den Epochenorganisationen der deutschen Volksbildungs-, Wohlfahrts- und Jugendverbände aller Parteien und Richtungen der Öffentlichkeit übergeben. Sie enthält nur Hefte, die nachweislich bei Schulkindern im Reich gefunden werden. Die Zahl der Hefte geht in die Milliarden. Zeitungen sterben, eine wertvolle Zeitschrift nach der anderen geht ein, wissenschaftliche Bücher, oft der Ertrag einer Lebensarbeit, können nicht gedruckt werden. Aber die Schundverlage werfen Tag um Tag, durch kein Steigen der Papierpreise gehemmt, ihre seelenerstrebenden Massenzeugnisse auf den deutschen Geistesmarkt.

Finanzausschuß.

(EW) Stuttgart, 23. Jan. Im Finanzausschuß gab vor Eintritt in die Etatsberatung Staatspräsident Heber einen Überblick über den Stand der französischen Aktion im Ruhrgebiet und betonte dabei, daß die Bevölkerung auf die vielen Gerüchte nicht hereinfallen möge. Die Reichsregierung habe eine feste Führung u. die Bevölkerung solle ihr vertrauen. Der Ausschuß stimmte diesen Ausführungen zu. Sodann erledigte der Finanzausschuß Kap. 62 betr. Akademie der bildenden Künste und Kap. 63 Kunstgewerbeschule. Über diese Kapitel entstand eine umfangreiche Debatte betr. die württembergische Kunstpflege und die Förderung der handwerklichen Kunst und Qualitätsarbeit sowie die Bedeutung der Frauenarbeit innerhalb des Kunstgewerbes. Ein Antrag Brudmann-Schermann-Bildes-Heymann verlangte 1) bei der Berufung an die Akademie der bildenden Künste auf führende aktive Persönlichkeiten der heutigen Kunstströmungen das Augenmerk zu richten und auch das Gebiet der Anleitung zur kirchlichen Kunst und deren Ausübung zu berücksichtigen, 2) auch auf die Fähigkeit und Bereitwilligkeit zur Erhaltung und Wiederherstellung der staatlichen und privaten Kunstbestände abzustellen, 3) bei der Einreichung des Lehrplans besondere Richtlinien für die Heranbildung der Zeichenlehrer durch stärkere Betonung der graphischen Fächer aufzustellen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Fortsetzung Mittwoch 9 Uhr.

Neuforderungen für Post und Eisenbahn in Württemberg.

(EW) Stuttgart, 22. Jan. Im neuen Reichshaushaltsplan für 1923 werden für die Reichsbahn in Württemberg neu angefordert: zur Verbesserung der Betriebsanlagen in Crailsheim 8 85 Millionen M., zur Bahnhofserweiterung in Mühlacker 10 Millionen M., zur Erweiterung der Bahnanlagen in Heilbronn 3 Mill. M., zur Erweiterung des Rangierbahnhofs in Ulm-Söflingen 12 Mill. M., zur Verbesserung der Kreuzungsmöglichkeiten auf der Strecke Ludwigsburg-Marbach sowie Juffenhäuser-Leonberg je 5 Mill. Mark. Im Etat der Reichspost werden neu angefordert: für

Justine blühte in stummer Hilflosigkeit auf ihren Freund und Berater. Ehe aber dieser etwas sagen konnte, kam ihm die Schusterin zuvor. Sie nahm ihren Mann am Arm. „Setz dich, Christoph“, sprach sie ihm zu, „du weißt nicht, was du sagst. Hör' mich an und schweig“, sie hat die Wahrheit gesagt.“

„Was?“ schrie der Schuster, „jetzt kommt der Narrengeist über dich?“

„Sei nur ruhig!“ sagte sie. „Wie heut' vor sieben Jahren alles in unser Haus geströmt ist, um unseren Fund anzugeden, da hab' ich bei mir gesagt: ich will nur sehen, ob unter den vielen Neugierigen niemand kommt, den etwas anderes herführt als die Neugier. Ich hab' aber niemand herausfinden können. Den anderen Tag, am Feiertag, ist eine allein gekommen — ich seh' sie noch heut' vor mir, wie sie an der Tür' stehen blieben ist, und wie ich ihr in die Augen gesehen hab', da hat eine Stimme in meinem Herzen gesagt: die ist's, die treibt ihr Herz zu ihrem Kind!“

„Gott sei Dank!“ rief Justine, „so ist doch ein Mensch in der Welt gewesen, der mich nicht für besser gehalten hat, als ich bin.“

„Saget nicht so, Bas' Justine“, erwiderte die Schusterin. „Ich hab' in Euch bloß die Mutter erblickt und sonst nichts, und bin, wie gesagt, gleich über meinen wunderlichen Einfall erschrocken. Wie Ihr aber der Person einen Mißfallen an den Hals gewünscht habt, so hab' ich, obwohl ich Euch noch nicht näher gekannt hab', denken müssen: Das sieht der Justine nicht gleich, daß sie so etwas über eine andere sagt.“ (Fortsetzung folgt.)

den Umbau der für das neue Fernsprechtischstuhlfabrik usw. gemieteten Räume des Königsbaus in Stuttgart 550 000 M. für den Um- und Erweiterungsbau auf dem Postgrundstück Adlerstraße 30 in Stuttgart 5,4 Mill. M. für den Um- und Erweiterungsbau auf dem Postgrundstück an der Schloßstraße in Stuttgart 7,5 Mill. M.

23. Jan. Nach langer Pause stellte sich unser gewählter Landtagsabgeordneter, Gutsbesitzer Dingler-Calw, wieder einmal hier ein, um vor außerordentlich zahlreichem Publikum eingehenden Aufschluß über unsere gegenwärtige Lage zu geben. Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschten die anwesenden Landwirte dem wohlüberdachten, interessanten Vortrag. In erster Linie streifte er die Folgen der Besetzung durch unsere Feinde und die auferlegten, unerträglichen Lasten, zu welchen wir, in unserem wehrlosen Zustand nur eine Faust in der Tasche machen können. Er erinnerte jedoch an die großartige, mutige Volkserhebung in den Freiheitskriegen 1813; vorerst seien wir aber wehrlos. Zum allgemeinen Schrecken der Anwesenden wies er auf das über 4 Milliarden betragende Defizit unseres württembergischen Staates hin; leider liege der größte Teil unserer Steuerverwaltung in Berlin, übrig sei nur die Ertragsteuer von Grund und Boden, Gewerbe und Gebäude. Eingehend streifte er das Wohnungsabgabegesetz, welches nie die erhofften Früchte bringen werde. Die Getreidemenge, ein Schmerzenskind der Landwirtschaft, erfordere von derselben 4 1/2 Milliarden und diese Summe sei größer als sämtliche Gebäude-, Gewerbe- und Einkommensteuer. Wir wollen deshalb Aufhebung der Zwangswirtschaft; nur durch eine freie Bewirtschaftung und durch gute Düngung erreichen wir eine wesentliche Produktions-erhöhung. Allerdings komme heute die Düngung eines Morgens auf 60 000 Mark, in der Vorkriegszeit dagegen auf 20 Mark. Sollte in obiger Beziehung keine Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen werden, so folgen unwillkürlich russische Zustände. Die deutsche Landwirtschaft erzeugte vor dem Kriege 87 Proz. des notwendigen Getreides. Darum verlangen wir Schutz des Eigentums, denn wir wollen sein und bleiben freie Bauern und uns stets erinnern des herrlichen Spruches: „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen!“ Unter steter Gedanke soll sein: Der deutsche Boden muß deutsch bleiben, alles nur für das Vaterland. Wenn wir Deutsche wieder von diesem Gedanken befeuert werden, so folgt gewiß auch wieder die nationale Erhebung und es wird kommen der Tag, welcher uns die so sehnsüchtig gewünschte Freiheit wieder bringen wird. — Nachdem noch Kötner junior in packender, humoristischer Weise zur Organisation und Opferwilligkeit der Landwirte aufgefordert und so manchen heutigen Fehler geschildert, wurde die Versammlung unter Dankesworten für die von großem Beifall getragenen Reden geschlossen.

(ECB.) Gerlingen O. A. Leonberg, 23. Jan. Der Gemeinderat hat die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Uebernahme des Begräbniswesens sowie der Beratung wurde einstimmig beschlossen, die gesamten Kosten für Totenbestattung und für Geburtshilfe auf die Gemeindekasse zu übernehmen.

(ECB.) Stuttgart, 23. Jan. Zu Beginn der ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode wurden die Geschworenen, insbesondere die erstmals als Geschworene fungierenden zwei Frauen, von dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor v. Barth, herzlich willkommen geheißen und auf ihre Pflichten als Geschworene hingewiesen. Der erste Verhandlungsgegenstand betraf einen Fall von Kindstötung.

(ECB.) Stuttgart, 23. Jan. Der Untersuchungsausschuß im Falle Keil-Bazille vernahm heute Vormittag Minister Keil und beriet darüber, wie die Angelegenheit aufs raschste erledigt werden könne.

(ECB.) Stuttgart, 23. Jan. Am letzten Sonntag wurde in den Abendstunden in eine Wohnung des Hauses Wagnerstr. 34 eingebrochen und 140 000 M. Bargeld, zwei Schecks über 20 000 und 40 000 M. und Gold- und Silberwaren (Uhren, Besteck, Armreife, Ohrringe, Siegelring und verschiedene Dosen) gestohlen. Für Wiederbringung ist eine Belohnung von 300 000 M. ausgesetzt.

(ECB.) Cannstatt, 23. Jan. In der Eingangshalle der Fabrik von Werner und Pflaederer wurde in Anwesenheit einer Abordnung sämtlicher Büro- und Betriebsabteilungen des Werkes Gedenktafeln für die 22 Angestellten und 52 Arbeiter enthüllt, die im Weltkrieg ihr Leben für Vaterland und Heimat geopfert haben.

(ECB.) Heilbronn, 23. Jan. In der Friedensstraße hat sich ein Fabrikant erschossen. Die Beweggründe sind unbekannt. — In Neckargamach wurde Wühlbesitzer Wilhelm Schuster vor seinem Hause aus ganz geringfügigem Anlaß von dem ledigen Gustav Lautner durch einen Stich in die Lunge schwer verletzt. Der Täter wurde verhaftet.

(ECB.) Nottwil, 23. Jan. Am letzten Sonntag hat hier ein Zentrumsparteitag für den Schwarzwaldkreis stattgefunden. Auf der sehr stark besuchten Versammlung sprachen Landesvorsitzender Vesperle und die Abgg. Andre, Dr. Baur und Bod. Am Schluß der aufs beste verlaufenen Versammlung gedachte der zweite Vorsitzende, Kaplan Halbmann (Schramberg) noch der vaterländischen Not, worauf die Versammlung das Deutschlandlied ansang.

(ECB.) Vom Bodensee, 22. Jan. Daß es auch jenseits der Grenze mitfühlende Herzen für die Notleidenden in Deutschland gibt, zeigt der Umstand, daß in Kreuzlingen und Emmishofen ein Rundschreiben herumgeschickt wird, in dem man zu Spenden für die Nothilfe in Konstanz auffordert und in dem es u. a. heißt: Beziehungen aller Art, die uns mit unsern Nachbarn jenseits der Grenze seit Jahrhunderten verbunden haben und zum Teil heute noch verbinden, machen es auch uns zur Pflicht, den uns kulturell und teilweise auch persönlich Nahestehenden jenseits der Grenze in ihrer größten Not beizustehen. Wie verlautet, soll in erster Linie den Kindern durch Verabreichung von Schweizer Vollmilch geholfen werden.

(ECB.) Von der bayerischen Grenze, 23. Jan. Die 70 Jahre alte Privatierin Maria Hölzle in Kempten stürzte infolge eines Fehltritts die Treppe herunter und blieb dort blutüberströmt liegen. Sie erlag den Verletzungen. — Ein in der Eisenbahnbetriebswerkstätte Rosenheim beschäftigter Hilfsarbeiter stahl aus seiner Werkstätte 188 Pfund Kompositionsmetall, das einen Wert von 1 220 000 M. darstellt. Der Mann wurde festgenommen. Geburtshilfe durch die Gemeinde behandelt. Nach längerer

Gedenket der Heimatnot-Spende!

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.
* Der Dollar stand gestern auf 19 899 M., der Schweizer Franken auf 3774 M.

Bericht der Stuttgarter Börse.
(ECB.) Stuttgart, 22. Jan. Die Tendenz des amtl. Verkehrs war uneinheitlich. Die abwartende Haltung drückte teilweise stark auf die Kurse. Bankaktien lagen sehr fest: Württ. Bankanstalt + 800 Prz. (4800), Hypothekbank + 1000 Prz. (5000), Notend. + 2000 Prz. (10 000), Vereinsb. + 800 Prz. (6000). Brauereiwerte fest: Brauhaus Ravensburg + 500 Prz. (5000), Eßlingen + 600 Prz. (3600), Hohenz. + 500 Prz. (7500), Wulle — 200 Prz. (4600). Textilwerte behauptet: Kolb u. Schüle + 3900 Prz. (24 000), Kottner + 2000 Prz. (15 000). Maschinenwerte geteilt: Daimler — 1000 Prz. (8000), Lauph. Werkz. — 8000 Prz. (30 000), Maschinen Eßlingen + 1900 Prz. (17 900), Hesser — 1000 Prz. (12 000), Weingarten — 500 Prz. (15 500). Metallwerte sehr fest: Zungens + 1500 (11 000), Feinmetz. Tuttl. gestiegen. Die sonstigen Werte nicht einheitlich: Bad. Anilin — 2500 Prz. (15 000), Cement Heidelberg + 1500 Prz. (14 500), Hohner — 2000 Prz. (22 000), Salz Heilbronn + 10 000 (55 000), Stuttgarter Zucker + 1500 Prz. (13 000). Der Fremverkehr war bei fester Grundstimmung nicht einheitlich.

Landesproduktbörse.
(ECB.) Stuttgart, 22. Jan. In der abgelaufenen Woche sind infolge der Vorgänge an der Ruhr die Devisen um mehr als das Doppelte gestiegen. Deshalb herrschte auf dem Getreidemarkt eine wilde Erregung. Die Preise erfuhren gewaltige Steigerungen. Der Umsatz war nicht groß, weil Käufer wie Verkäufer in Anbetracht der unsicheren Zeit sich große Zurückhaltung auferlegten. Es notierten je 100 Kilogramm für gesunde trockene Ware ab württ. Station: neuer württ. Weizen 80—89 000 M. (am 15. Jan. 41—48 000 M.), neue Sommergerste 52—64 000 (28—32 000) M., württ. Roggen 76—85 000 (40—43 000) M., Hafer 35 000 bis 50 000 (24—30 000) M., Weizenmehl Nr. 0 mit Zufuß von Auslandsgetreide 125—140 000 (70—77 000) M., Brotmehl mit Zufuß von Auslandsgetreide 110—125 000 (65—70 000) M., Kleie 33—35 000 (18—19 000) M., württ. Heu 26—28 000 (18—20 000) M., drahtgepreßtes Stroh 24—26 000 (16—18 000) M.

Schweinepreise.
In Aalen kostete das Paar Milchschweine 110 000 M., 1 Läufer 70 000 M., in Riedlingen 1 Stück Milchschwein 40 000—60 000 M., ein Läufer 80 000—100 000 Mark.

Märkte.
(ECB.) Ravensburg, 23. Jan. Auf der Schranne notierten je per Doppelentner: Weizen (verkauft) 26 78 000 bis 84 200 Mark, Dinkel (Weizen) (18) 32 700 bis 26 300 M., Roggen (50,5) 55 800 bis 60 100 M., Gerste (48,5) 54 100 bis 58 700 M., Hafer alt (121,5) 38 900 bis 47 000 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wirt- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. Bestände in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schlußstellung verantwortlich: Otto Seitzmann, Graf. Druck und Verlag der W. Zellweger'schen Buchdruckerei, Calw.

Amtl. Bekanntmachung.
Kommunalverband Calw.
Die Bestellabschnitte für die Zuckermarken 5—8 sind sofort von den Versorgungsberechtigten an die Kleinhändler zu übergeben. Diese haben die Bestellabschnitte längstens bis Dienstag, den 30. ds. Mts. — gebündelt zu 100 Stück — an den Kommunalverband abzuliefern und die Bescheinigung, die sie alsbald an den Großhändler abzugeben haben, in Empfang zu nehmen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Bestellabschnitte, die nicht zu angezeigtem Zeitpunkt eintreffen, nicht mehr berücksichtigt werden. Die Herren Ortsvorsteher ersuchen wir, Vorstehendes in ersüßlicher Weise bekannt zu geben.
Calw, den 23. Januar 1923.
Kommunalverband: Amtmann Bögel.

Stadtgemeinde Calw.
Gebäudebrandversicherung.
Die Gebäudebrandversicherungsanstalt gewährt vom 1. Januar 1923 an bei Vollschäden und erheblicheren Teilschäden allgemein eine Entschädigung in Höhe des 200fachen Friedensversicherungsanschlages des Gebäudes. Außerdem besteht die Möglichkeit, noch eine Feuerungsversicherung (Zuschussversicherung) einzugehen. Mindestversicherung: Das 10fache des Friedensversicherungsanschlages. Bezogene Feuerungsversicherungen unter dem 10fachen Betrag der Grund- (Friedens-) Versicherung werden auf das 10fache erhöht, wenn der Gebäudeeigentümer nicht bis 31. Januar 1923 sie anmeldet. Ebenso sind Feuerungsversicherungen, die wegen Erhöhung der allgemeinen Versicherung am 31. Dezember 1922 aufgegeben oder ermäßigt werden wollen, bis spätestens 31. Januar 1923 durch Anmeldung beim Stadtschultheißenamt zu kündigen.
Die Brandversicherungsumlage für das Kalenderjahr 1923 (allgemeine Umlage) beträgt in der III. Klasse 15 M. aus 10 M. Brandversicherungsanschlag, in der IV. Klasse 37 M. 50 S. aus 100 M. Brandversicherungsanschlag. Die besondere Umlage auf die Feuerungsversicherung beträgt in der III. Klasse 7 1/2 S., in der IV. Klasse 18,75 S. aus je 20 M. Feuerungsversicherungssumme. (Eine beispielsweise Berechnung ist aus der am Rathaus angeschlagenen Bekanntmachung ersichtlich.)
Calw, den 20. Januar 1923.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Altholzverkauf
vom Brühl, Eibendrunnen (bei Dellinger) und Schafschauer am Donnerstag, den 25. Januar 1923, nachmittags 4 Uhr. Beginn Brühl.
Calw, den 23. Januar 1923. Stadtpflege: Frey.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
Morgen Donnerstag abend 8 Uhr
Der lebende Ballast.
Sensations-Drama in 5 Akten.

Landwirtschaftlicher Konsumverein Calw.
Am 3. Februar, mittags 2 Uhr, findet im „Schwanen“ hier die **Generalversammlung** Tagesordn. statt, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden. (Auskunftsfrage 1 Uhr). Die Jahresrechnung von 1922 liegt im Geschäftszimmer auf. Der Vorstand.

HAMBURG-AMERIKA LINIE
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsalz. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer.
Etwa wöchentliche Abfahrten von **HAMBURG NACH NEW YORK**
Auskünfte und Druckproben durch **HAMBURG-AMERIKA LINIE**
HAMBURG und deren Vertreter
in CALW: Paul Opp, Marktplatz.

Rauch-
hasten,
Vormaisch-
bottische,
Leimöfen,
fertigen als
Spezialität
Gedr.
Douglas, Dudenpfront.

Mauser-
Pistolen
mit Holzanhschloßhaft
Cal. 763 zählt bis
20 000. — Mk. und
mehr. Jagdgewehre,
Taschenpistolen, Präsen-
ten-Geldtecher kauft
stets zu höchst. Preisen
G. Haag, Stuttgart,
Sop. leinstraße 25.

Oberkollwangen.

Sehe eine schwere
Schwarz-
braunstute
dem Verkauf aus.
S. Hammann.

Bad Liebenzell.
Die allgemein beliebten,
erstklassigen
Lanz-
Milchschneidern
sind bei mir eingetroffen und
gebe solche zu billigsten
Preisen ab.
Conrad Lebzelter
Telefon 23.

Rußbaum
0,73 Fernmeter, verkauft
Samstag, den 27. Januar,
nachmittags 3 Uhr
Soutier, Bäcker,
Neuhengstett.

Kleineres
Unwesen
geeignet zur Viehzucht, zu
kaufen gesucht gegen sofortige
Bezahlung. Gewünscht: Ge-
bäude, Weizen und etwas
Ackerland.
Angebote wollen gemacht
werden unter S. B. 19 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Jeder
Gewerbetreibende
mendet sich bei Bedarf an Drucksachen
aller Art, als Briefbogen, Rechnungen,
Postkarten, Zirkulare, Preislisten
usw. an die Druckerei dieses Blattes.

Verl. 42 Jahre, sucht leichte,
ruhige
Vertrauensstelle
evtl. Wirtschaftlerin, auch als
Hauswirtschafterin b. älter. Herrn.
Sabette Müller,
Dellingeren
Hohenzollern.

Mädchen
zum baldigen Eintritt gesucht.
Frau Otto Jung.

Lehrer sucht ein
Klavier
zu mieten.
Angeb. unter S. B. 19 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Eine Fuhr
Hen
zu kaufen gesucht.
Angebote unter S. B. 19
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Das Kriegst...
toren des...
strafen a...
brüche w...
teilung d...
wollte. C...
fängnis...
rung von...
lich Revi...

Muffolini...
Er will...
eingreifen...
tationen...
und Tür...

England h...
noch „wo...
neuesten...
nehmen...
phalen W...

Der Wider...
Arbeiter...
der Regie...
gebietsbe...

Die G...

Rom, 24.
Lage im R...
Ingenieure...
den seien, um...
nehmen. Sie...
nahmen Lehr...
nahme an B...
tischen Char...
kenische Reg...
Finanzen an...
schen Deutsch...
riums vorgef...
Regierung h...
Borgehens a...
sehung des...
sondern nur...
zahlreichen f...
ini mit, der...
sion habe de...
men, die wir...
aber der F...
zu erhalten...
lung, die zu...
in Berlin u...
daß ein eigen...
nicht hätte g...
heit zu habe...
Zustien woll...
daß die itali...
deutsche Reg...
merksam zu...
habe die ita...
französische...
wirtschaftlich...
bringen könn...
Regierung is...
Gesse Statler...
und die itali...
fuß auf den...
ben würde. In...
Lage im Ruf...
men, in weld...
würde. In d...
schen Regieru...
Das von Poi...
lini aus, wer...
London vorge...
Rozatorium...
sehen. Der W...